

I. Leistungen und Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft

A. Der Aufbau der Sozialen Marktwirtschaft - eine große politische Leistung

Bevor die Frage nach den Leistungen und der Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft zu beantworten versucht wird, gebietet es die Chronistenpflicht, darauf hinzuweisen, daß der Aufbau der Sozialen Marktwirtschaft in den Jahren nach dem totalen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands des Jahres 1945 eine große politische Leistung war. Die wirtschaftsordnungspolitische und wirtschaftsprozesspolitische gesetzgeberische Aufbauleistung, die Parlament und Regierung aus dem durch den Zweiten Weltkrieg verursachten Chaos heraus vollbracht haben, verdient hohe Anerkennung.

Das gilt - um nur einige Punkte zu nennen - für die Reintegration der Bundesrepublik Deutschland in die europäische Wirtschaft und in die Weltwirtschaft. Es gilt weitgehend auch für die Schaffung der Wettbewerbsordnung und für den Aufbau des Sozialstaates Bundesrepublik¹.

Die Bundesrepublik mußte auf einem wirtschaftlichen und sozialen Scherbenhaufen beginnen, den das "Dritte Reich" hinterlassen hatte. Sie hatte - wie im Zweiten Teil I. dargestellt - für Millionen von Flüchtlingen, Heimkehrern und politisch Geschädigten soziale Hilfe zu gewähren. Sie hatte sich der Kriegshinterbliebenen, der Kriegsbeschädigten und Kriegsgeschädigten anzunehmen, um die unmittelbarsten Kriegsfolgen zu lindern. Sie mußte darüber hinaus eine neue Arbeits- und Sozialordnung aufbauen, die der neuen Gesellschaft ein tragfähiges, dauerhaftes Fundament gab. Vergleicht man mit diesem Aufgabenbündel die erbrachten sozialen Leistungen, dann wird man der sozialen Aufbauleistung des Parlaments, der Regierung und der Bevölkerung Anerkennung nicht versagen können

¹ Vgl. dazu H. Lampert, Lehrbuch der Sozialpolitik, a. a. O., S. 86 ff. sowie H. Lampert, A. Bossert, Sozialstaat Deutschland, München 1992.

- selbst dann nicht, wenn man berücksichtigt, daß das soziale Bild Trübungen aufweist: etwa in Gestalt der Vermögenskonzentration und eines von vielen im ersten Nachkriegsjahrzehnt als unzureichend empfundenen Ausgleichs der Kriegs- und Kriegsfolgelasten².

Nach der zweiten Legislaturperiode (ab 1958) verlor allerdings die wirtschaftspolitische Konzeption an Klarheit und wurde nicht mehr konsequent realisiert³. So löste und löst z. B. die Landwirtschaftspolitik den Konflikt zwischen ökonomischen Notwendigkeiten einerseits und sozialen sowie wahlpolitischen Zielen andererseits mehr als es vertretbar erscheint auf Kosten der ökonomischen Verknüpfung. Das praktizierte System der Subventionen, Abnahmegarantien und Preisstützungen führte notwendig zu einer nicht verwertbaren und politisch nicht mehr zu verantwortenden Überschußproduktion.

Mehr noch als in der Landwirtschaft stieg das Subventionsvolumen insgesamt. Entsprechend der Abgrenzung der Subventionen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stiegen die Subventionen von 11,8 Mrd. DM 1970 über 30,3 Mrd. DM 1980 und 48,8 Mrd. DM 1990 auf 70 Mrd. DM 1994⁴. Geht man vom Subventionsbegriff aus, wie er den Subventionsberichten zugrunde gelegt wird⁵, dann ergibt sich für 1993 sogar ein Subventionsvolumen aller öffentlichen Haushalte in Höhe von 114 Mrd. DM.

Auch die Sozialpolitik verlor an Profil. Statt eine Sozialpolitik zu betreiben, die den Armen und Leistungsschwachen einen ausreichenden Schutz gewährt, hingegen die leistungsfähigen Einkommensbezieher stärker als bisher auf Selbstvorsorge und Selbstverantwortung verweist, statt eine Sozialpolitik zu verwirklichen, die gezielt wirtschaftliche Not beseitigt und Leistungsschwache fördert, wurde in weiten Bereichen eine Politik verfolgt, die möglichst viele Stimmrechtige direkt begünstigt. Dadurch erreichten eine Reihe von So-

2 Vgl. dazu A. Reithinger, Soziale Marktwirtschaft auf dem Prüfstand, Frankfurt 1958 und C. Mörtel, a. a. O., S. 220 f.

3 Vgl. dazu auch O. Schlecht, Macht und Ohnmacht der Ordnungspolitik - Eine Bilanz nach 40 Jahren Sozialer Marktwirtschaft, in: Ordo, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft 1989, S. 303 ff. sowie N. Kloten, 40 Jahre soziale Marktwirtschaft, in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln vom 22. 06. 1989, S. 10 ff.

4 Dieser Subventionsbegriff erfaßt jedoch nur Zuschüsse an Unternehmen für laufende Produktionszwecke.

5 Er umfaßt Finanzhilfen und Steuerbegünstigungen für Unternehmen und Finanzhilfen an private Haushalte.

zialeleistungen ein Niveau, das die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik im Zeitalter der Globalisierung (vgl. dazu II. A. in diesem Vierten Teil) gefährdet. Ehe diese unter dem Stichwort "Krise des Sozialstaates" diskutierte Problematik aufgegriffen wird, soll die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft erörtert werden.

B. Zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft

Die Frage nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft, d. h. die Frage, welcher Anteil an den weltweit bewunderten und erstaunlichen Wiederaufbauleistungen in den ersten zwei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg der ordnungs- und prozesspolitischen Leistungsfähigkeit dieser Wirtschafts- und Sozialordnung zukommt, wird in der Wirtschaftswissenschaft kontrovers diskutiert.

Nicht selten wird bei der Beantwortung dieser Frage darauf verwiesen⁶, daß der Aufbauwille einer ausgehungerten und verarmten Bevölkerung, die wirtschaftliche Tüchtigkeit und der Fleiß der Deutschen, die Hilfe des Auslands, insbesondere durch den Marshallplan, und ähnliche, die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland fördernde Faktoren auch unter anderen wirtschaftsordnungspolitischen Vorzeichen ein ähnliches wirtschaftliches Wachstum hervorgebracht hätten - wenn auch sicherlich nicht unter einem planwirtschaftlichen Regime.

In der Tat waren die eben angeführten Faktoren unentbehrliche Grundlagen des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs.

Erstaunderlicherweise hat schon viele Jahre vor dem "Deutschen Wirtschaftswunder", nämlich schon 1871, der englische Nationalökonom *John Stuart Mill* darauf hingewiesen, daß an der wirtschaftlichen Wiederbelebung eines zerstörten Landes nichts Wunder-

6 Vgl. z. B. W. Abelshäuser, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1980, 7. Aufl., Frankfurt/M. 1993. Vgl. aber auch die kritische Stellungnahme von R. Klump, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1985.

bares ist, wenn bestimmte ökonomische Voraussetzungen erfüllt sind:

"Ein Feind verläßt ein durch Feuer und Schwert vernichtetes Land und nimmt beinahe sein gesamtes bewegliches Vermögen mit fort. Alle Einwohner sind ruiniert und wenige Jahre später ist doch alles wieder wie vorher. Diese *vis medicatrix naturae* hat oft unendliches Staunen hervorgerufen und wurde zum Beweis der wunderbaren Macht des Sparprinzips angeführt. Es ist aber gar nichts Wunderbares dabei. Die Möglichkeit einer schnellen Erholung von ähnlichem Unstern hängt besonders davon ab, ob das Land entvölkert und später auch nicht ausgehungert wurde, hat sie in diesem Fall bei gleicher Geschicklichkeit und Kenntnissen wie vorher, bei Erhaltung des Bodenbesitzes und dessen ständigen Verbesserungsmittein und, da die dauerhaften Gebäude wahrscheinlich nicht zerstört oder nur zum Teil beschädigt sind, beinahe alle Erfordernisse für die frühere Höhe der Produktion. Wenn ihr genügend Nahrung oder die entsprechenden Werte zu deren Kauf gelassen werden, die ihr bei einiger Entbehrung das Leben und die Arbeitsgeschicklichkeit erhalten, wird sie in kurzer Zeit einen ebenso großen Ertrag haben und das gleich große Kapital wie vorher erworben haben.... Dies beweist für die Macht des Sparprinzips so gut wie nichts; denn es findet hier keine beabsichtigte Enthaltbarkeit, sondern eine unfreiwillige Entbehrung statt."⁷

Die von Mill genannten ökonomischen Wachstumsvoraussetzungen waren für die Bundesrepublik im großen und ganzen erfüllt: sie verfügte über fleißige, mit organisatorischem Geschick, mit technischen und handwerklichen Fähigkeiten sowie mit hoher Arbeitsdisziplin ausgestattete *Arbeitskräfte*; als der Morgenthauptplan und andere, aus dem Vergeltungsgedanken entspringenen Pläne der alliierten Siegermächte zur wirtschaftlichen Niederhaltung Deutschlands ad acta gelegt worden waren, trugen die westlichen Alliierten selbst entscheidend dazu bei, die Bevölkerung vor Hunger und Not zu retten. Das zu rund 50 % zerstörte, demontierte und durch die Gebietsabtretungen verlorene *Sachkapital* wurde durch einen zügig ablaufenden Investitionsprozeß ersetzt, der auf einer Selbstfinanzierung über die Preise beruhte.

7 J. St. Mill, Grundsätze der politischen Ökonomie mit einigen ihrer Anwendungen auf die Sozialphilosophie, 7. Aufl., 1871, Ausgabe von H. Waentig, Jena 1924, Bd. I, S. 113 f.

Obwohl der wirtschaftliche Wiederaufstieg der Bundesrepublik durch eine Reihe politischer, wirtschaftlicher und sozialer Faktoren begünstigt wurde, ist nicht zu verkennen, daß die *wirtschaftlichen Freiheiten*, die die Soziale Marktwirtschaft Unternehmern, Arbeitnehmern und Verbrauchern einräumt, den persönlichen Einsatzwillen, die Leistungsbereitschaft, die Eigeninitiative, den Fleiß und die Begabungen mehr stimulierten und besser zur Entfaltung kommen ließen als andere Wirtschaftsordnungen mit einem geringeren Gehalt an wirtschaftlichen Freiheiten es vermocht hätten. Es ist nicht zu übersehen, daß der Wettbewerb die Produktivität erhöhte, qualitativ hochwertige Leistungen erzwingt, die Rationalisierung förderte und - im Zusammenhang mit wirtschaftspolitischen Investitionsanreizen - eine wachstumserhöhende Investitionsquote sicherte.⁸

Der Verfasser ist der Meinung, daß eine Soziale Marktwirtschaft - unter sonst gleichen Umständen - zu mehr technischem, zivilisatorischem, wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt führt als weniger freiheitliche Wirtschaftsordnungen. Wenn es dazu noch eines faktischen Beweises bedürft hätte, dann hat ihn die 1989 für jedermann offenbar gewordene Leistungsschwäche der Wirtschaft der UdSSR, der Tschechoslowakei, Polens, der DDR, Bulgariens und Rumäniens erbracht, die so ausgeprägt war, daß sie zum Zusammenbruch dieser zentralplanwirtschaftlichen, sozialistischen Systeme führte.

C. Zur sozial- und gesellschaftspolitischen Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft

Trotz der großen Bedeutung wirtschaftlichen Wachstums für die Wohlfahrt einer Gesellschaft ist Wachstum kein Kriterium, das bei der Entscheidung für oder gegen eine Wirtschaftsordnung allein ausschlaggebend sein kann. Ausschlaggebend für die Wirtschaftsordnungspolitische Entscheidung müssen vielmehr die Wirkungen der Wirtschaftsordnung auf die Gesellschafts- und Staatsordnung und auf die Erreichbarkeit gesellschafts-, wirtschafts- und sozialpolitischer Ziele sein. Daher ist das Wachstumsziel bei den Schöpfern der Kon-

8 Vgl. dazu insbes. W. Glasstetter, R. Paulert, U. Spörel, Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1950 - 1980, Frankfurt/M. 1983.

zeption der Sozialen Marktwirtschaft in erstaunlichem Maße relativiert. In keiner der zahlreichen Arbeiten *Müller-Armacks* zur Sozialen Marktwirtschaft steht bei der Verdeutlichung der Funktionen des Konzeptes eine nur an wirtschaftlichen Zielen orientierte Wohlstands- und Wachstumsmaximierung im Vordergrund. Bei *Wilhelm Röpk*e kann man lesen:

"Ökonomismus, Materialismus und Utilitarismus haben in unserer Zeit vereint zu einem Kult der Produktivität, der materiellen Expansion und des Lebensstandards geführt, der aufs neue beweist, daß alles Absolute, Unbegrenzte und Ummäßige vom Übel ist. Dieser Kult des Lebensstandards ist selbstverständlich ein Sehfehler der Seele von geradezu klinischem Charakter, eine unweise Verkennung der wahren Rangordnung der Lebenswerte und eine Erniedrigung des Menschen, die er auf die Dauer kaum ertragen wird."⁹

Den Begründern des Konzepts lag neben dem Wachstum vor allem der Aufbau einer menschenwürdigen Gesellschaftsordnung am Herzen, zu der die Wirtschafts- und Sozialordnung ihren Beitrag leisten soll. So ist immer wieder von der "Versittlichung der Gesellschaftsordnung"¹⁰, von der Einbettung der Marktwirtschaft in "eine höhere Gesamtordnung" die Rede.

Daß die Soziale Marktwirtschaft in die Gesamtordnung der Bundesrepublik eingebettet ist, daß sie insbesondere der Verfassungsidee und der Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik in hohem Maße entspricht und dazu beiträgt bzw. dazu beitragen kann, die Forderung nach freier Entfaltung der Persönlichkeit, nach sozialer Sicherheit, sozialer Gerechtigkeit, sozialem Frieden und Rechtsstaatlichkeit zu verwirklichen, und daß sie der Staats- und Gesellschaftsordnung ein breites, tragfähiges ökonomisches Fundament gibt, haben meiner Meinung nach 50 Jahre westdeutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte gelehrt. Man muß gegenüber der Geschichte, gegenüber den Möglichkeiten, innerhalb begrenzter Zeit wirtschaftliche und soziale Fortschritte zu erreichen, und gegenüber der politischen Umwelt in West und Ost einen getübten Blick haben oder durch ein politisches Glaubensbekenntnis festgelegt sein, wenn man bei einer Analyse der

9 W. Röpk, *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, 5. Aufl., Bern - Stuttgart 1979, S. 166 f.

10 A. Müller-Armack, *Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft*, a. a. O., S. 184.

Entwicklung der Bundesrepublik zu einem wesentlich anderen Ergebnis kommt. Damit ist keinesfalls gesagt, daß die aktuelle Ausprägung, die die Wirtschaftsordnungsidee der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland gefunden hat, nicht verbesserungsfähig ist!¹¹. Beispiele werden später zu nennen sein.

D. Die Herstellung der Deutschen Einheit - Bewährungsprobe der Sozialen Marktwirtschaft

Vor eine neue, ganz außergewöhnliche Bewährungsprobe ist die Soziale Marktwirtschaft durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten gestellt worden. Im Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 18. Mai 1990 hatten die Bundesrepublik und die DDR vereinbart, die Soziale Marktwirtschaft als Grundlage für die weitere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung auch in der DDR einzuführen. Daher mußten nach der Vereinigung der beiden Staaten am 3. Oktober 1990 wirtschaftsordnungspolitisch und wirtschaftspolitisch die im folgenden dargestellten Aufgabenkomplexe bewältigt werden.

1. Es war notwendig, die *rechtlichen Voraussetzungen* für das neue Gesellschafts-, Staats-, Wirtschafts- und Sozialsystem zu schaffen. Dazu gehören vor allem die Schaffung der Rechtsgrundlagen für eine neue Eigentumsordnung (Privatisierung von Grund und Boden sowie von Sachkapital), für eine föderalistische, der Sozialen Marktwirtschaft entsprechenden Finanzverfassung, für eine entsprechende Wettbewerbsordnung, Außenwirtschaftsordnung und Arbeits- sowie Sozialordnung.¹² Wenngleich diese Aufgaben durch die Übertragung großer Teile des Rechts der früheren Bundesrepublik auf das Gebiet der früheren DDR gelöst werden konnten, so mußten doch zahlreiche gesetzliche Grundlagen neu

11 Vgl. dazu auch Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Soziale Marktwirtschaft, Bilanz und Perspektiven*, Bonn o. J. (1989).

12 Die ebenfalls notwendige Einführung einer der Sozialen Marktwirtschaft adäquaten Geld- und Währungsordnung erfolgte bereits mit der Einführung der Währungsunion am 1. Juli 1990.

geschaffen und Übergangslösungen gesucht und verwirklicht werden.

2. Es mußten die institutionellen Voraussetzungen für die Einführung der neuen Wirtschafts- und Sozialordnung geschaffen werden. Dazu gehören z. B. eine dreistufig aufgebaute Staats-, Wirtschafts- und Sozialverwaltung, ein im Sinne des neuen Rechtes funktionsfähiges Justizwesen einschließlich leistungsfähiger Grundbuchämter zum Aufbau der neuen Eigentumsordnung, der Aufbau einer öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsverwaltung - zu denken ist insbesondere an die Arbeitsverwaltung, die Sozialhilfefämter, die Industrie-, Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern -, die Gründung und der Ausbau von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften sowie von sonstigen Wirtschaftsverbänden (vgl. dazu Dritter Teil, VIII. E. bis G.), der Aufbau eines Systems beruflicher Umschulungs- und Fortbildungseinrichtungen und die Gründung neuer bzw. der Ausbau vorhandener Verbände der freien Wohlfahrtspflege.
3. Es war unverzichtbar, die *personellen Voraussetzungen* für die Transformation des untergegangenen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialsystems in das erstrebte neue System herzustellen. Da die Bevölkerung der früheren DDR 45 Jahre in einer konsequent marxistisch-leninistisch und vorher schon 12 Jahre in einer nationalsozialistisch ausgestalteten Diktatur zu leben gezwungen und entsprechend erzogen bzw. beeinflusst worden war, fehlt es verständlicherweise an politischen, administrativen und wirtschaftlichen Führungspersönlichkeiten im notwendigen Umfang. Diese Lücke muß möglichst bald zu schließen versucht werden.
4. Es war nötig, die Entstehung der mentalen und bildungsmäßigen Voraussetzungen für die Systemtransformation zu fördern. Die Tatsache, daß die Bevölkerung der früheren DDR in einem qualitativ gegenüber dem neuen System völlig anderen System gearbeitet und gelebt hat, begründet - vor allem für die älteren Menschen - *einen ungewöhnlich hohen Bedarf an Bereitschaft und Fähigkeit zur Umstellung und Anpassung in fast allen Bereichen des Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitslebens*. Statt des Handelns gemäß Anweisung und Befehl ist Eigeninitiative gefragt, statt staatlicher Bevormundung und Lenkung im beruflichen und politischen Leben Selbstverantwortung. Das Streben nach individuel-

ler Freiheit und individuellem Wohlstand ist nicht länger - wie im untergegangenen System - eine von der Fiktion und von der Norm der "sozialistischen Persönlichkeit" abweichendes Verhalten, sondern Tugend. Die geistige und psychische Umstellung auf das neue System wird sich nur allmählich vollziehen können. Bei diesem Prozeß der geistigen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und mit der in vielem anderen Gegenwart sollten zwar Hilfen gegeben werden, ein Versuch einseitiger und aufdringlicher ideologischer Indoktrinierung in Schule, Hochschule und Publizistik jedoch sollte gar nicht erst unternommen werden.

5. Erzeugt werden mußten auch die *wirtschaftsstrukturellen Voraussetzungen* für den Aufbau der neuen Ordnung. Diese Aufgabe ist gleichbedeutend mit einer Auflösung der alten sektoralen und Branchenstruktur der Wirtschaft. Diese war das Ergebnis eines jahrzehntelangen Prozesses staatlicher Planung; sie war an der Erfüllung der von der "Partei der Arbeiterklasse" gesetzten Staatsziele orientiert und abgestellt auf eine von den weltwirtschaftlichen Verflechtungen der nicht sozialistischen Länder abgekoppelte, auf die Bedürfnisse der Länder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, insbesondere der Sowjetunion, ausgerichtete Volkswirtschaft. Die mit dem Vollzug der Währungsunion eingetretene und mit Einführung der Sozialen Marktwirtschaft erforderliche Einbeziehung der neuen Bundesländer in die Weltwirtschaft und das Ziel, eine auf Dauer hoch leistungsfähige, Wohlstand produzierende Wirtschaft im Gebiet der ehemaligen DDR zu schaffen, machen es unverzichtbar, in bezug auf die Art der Produktion, die Qualität der Produktion und die Kosten der Produktion nicht wettbewerbsfähige Unternehmungen aufzugeben und durch Unternehmen zu ersetzen, die volkswirtschaftlich produktiv und privatwirtschaftlich rentabel sind. Daher war die Stilllegung großer Teile der Produktion in den neuen Bundesländern eine unvermeidbare Voraussetzung für eine wirtschaftliche Wende. Die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen und diejenigen, die Arbeitslosigkeit befürchten, sehen verständlicherweise ihre Existenz bedroht. Dies um so mehr, als die überwiegende Zahl der Bürger in den neuen Bundesländern aufgrund ihrer Unkenntnis des Sozialleistungssystems der Sozialen Marktwirtschaft fürchtet, die ihnen früher immer wieder als weltweit vorbildlich gepriesene-

nen "sozialen Errungenschaften", allen voran die Arbeitsplatzsicherheit, gegen ein weniger leistungsfähiges Netz sozialer Sicherheit einzutauschen. Dabei wird vermutlich für viele nicht erkennbar sein, daß die Vermeidung der offenen Arbeitslosigkeit in der DDR um den Preis des Verlustes persönlicher Freiheit und persönlicher Autonomie und um den Preis jahrzehntelanger erheblicher Verluste an wirtschaftlicher Wohlfahrt für die Gesamtgesellschaft und ihre Mitglieder erkaufte wurde. Durch diese Feststellung soll selbstverständlich die Notwendigkeit sozialer Absicherung der ordnungspolitischen Umgestaltung nicht bestritten werden.

6. Geschaffen werden mußten auch die sozialpolitischen Voraussetzungen der Systemumgestaltung. Diese sozialpolitischen Maßnahmen entscheiden nicht nur über die Akzeptanz der neuen Ordnung in den ostdeutschen Bundesländern. Ohne sozialpolitische Flankensicherung wäre die Umstellung überhaupt nicht vollziehbar. Zu diesen sozialpolitischen Voraussetzungen gehört nicht nur die bereits eingeführte Arbeitslosenversicherung, sondern vor allem auch das gesamte Spektrum der im Arbeitsförderungsgesetz enthaltenen Instrumente (vgl. dazu Dritter Teil, VII. C. 1. bis 3.) und die bereits eingeleitete Übertragung und Umsetzung des Sozialrechts der alten Bundesrepublik auf die neuen Bundesländer.

7. Die früheren DDR-Regierungen haben nicht nur eine Produktionsstruktur hinterlassen, die nach der politischen und wirtschaftsordnungsrechtlichen Wende keine Überlebenschance hatte, sondern auch zahlreiche andere schwere Hypothesen, die den Transformationsprozeß belasten und es erschweren, kurzfristig Wohlstand ohne massive Hilfe der westdeutschen Bundesländer zu schaffen. Zu nennen sind: gemessen am Standard führender Industriegesellschaften rückständige gesundheitsgefährdende Produktionsstechniken, ein unzureichend ausgebautes, qualitativ mangelhaftes Verkehrs- und Kommunikationssystem, überalterte öffentliche Infrastruktureinrichtungen (Schulen, Krankenhäuser, Altenheime), ein sanierungsbedürftiges Gesundheitssystem und verglichen mit den westeuropäischen Volkswirtschaften und den westlichen Bundesländern - beachtlich größere Umweltschäden und -zerstörungen. Die ehemalige DDR ist ein Land, dessen

Menschen, dessen Natur und dessen Kapitalstock die Partei und die Staatsführung rigoros ausgebeutet hat.¹³

Wenn die neuen Bundesländer in zehn Jahren einen Kapitalstock erreichen sollen, wie er zur Zeit in den alten Bundesländern pro Kopf der Bevölkerung existiert, dann müssen im Unternehmenssektor etwa 1 150 Mrd. DM, im Wohnungsbereich 1 100 Mrd. DM und im Infrastrukturbereich 500 Mrd. DM, jahresdurchschnittlich also 200 Mrd. DM, aufgebracht werden.¹⁴ Zur Beseitigung der Umweltschäden sind vermutlich zusätzlich jährlich 20 Mrd. DM erforderlich. Addiert man zu diesem Finanzbedarf noch die durch die Übertragung des Sozial- und Arbeitsrechts der Bundesrepublik auf die neuen Bundesländer notwendigen Transfers an die Sozialversicherung in den neuen Bundesländern und die arbeitsmarktpolitisch bedingten Transfers - sie beliefen sich von 1991 bis 1995 jahresdurchschnittlich auf 70,1 Mrd. DM - dann wird erkennbar, wie hoch die Aufwendungen sind, die erforderlich waren bzw. sind, um ein heruntergewirtschaftetes sozialistisches System zu sanieren und wirtschaftlichen Wohlstand zu schaffen. Die Soziale Marktwirtschaft im westlichen Deutschland wurde durch die wirtschaftlichen Kosten der Herstellung der deutschen Einheit vor eine harte Belastungsprobe gestellt. Die Steuer-, die Sozialbeitrags- und die Verschuldungslasten erreichten Größenordnungen, die der Bundesregierung, der Bundesbank und den Verbänden, insbesondere den Sozialpartnern, Augenmaß, den Mut zu unpopulären Entscheidungen, die Fähigkeit zu mittel- und langfristig orientiertem konzeptionellem Denken und Handeln und der Bevölkerung ein hohes Maß an Solidarität abverlangten. Leider ist die Regierung diesen Anforderungen nicht in jeder Beziehung gerecht geworden.

¹³ Vgl. dazu auch M. Maier-Mannhart in der SZ vom 30. Mai 1990: "Der Sozialismus hat in der DDR nach 45 Jahren nichts hinterlassen als Ruinen. Ob es der Städtebau ist, das Wohnungswesen, die Infrastruktur auf oder unter der Erde, die Industrielandchaft - alles in einem Zustand, der es erforderlich machen würde, überall gleichzeitig den Hebel anzusetzen."

¹⁴ Tatsächlich beliefen sich die West-Ost-Transfers von 1991 bis 1995 für den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau in den Neuen Bundesländern auf 986 Mrd. DM (Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Sozialpolitische Umschau vom 15.04.1996, S. 24).

Investitionen und Transferleistungen, der Aufbau einer demokratischen Verwaltungsstruktur und die Entwicklung des Kammer- und Verbandswesens jedoch werden nicht ausreichen, um die Grundlagen für eine mittel- und langfristige positive Entwicklung zu schaffen und die Soziale Marktwirtschaft zu etablieren. *Erforderlich ist auch die Bereitschaft der Bevölkerung der neuen Bundesländer, sich auf die für sie neue Wirtschafts- und Sozialordnung einzustellen, d. h. marktwirtschaftlich zu denken und zu handeln, Umschulungs- und Qualifizierungsangebote zu nutzen, zur Übernahme von Verantwortung bereit zu sein, Initiative zu entfalten, weniger auf den Staat zu setzen als - nolens volens - unter dem vergangenen Regime und die Soziale Marktwirtschaft vorurteilsfrei zu beurteilen, d. h. vor allem, sie nicht voreilig und fälschlicherweise für Mängel und Schwierigkeiten verantwortlich zu machen, die die Partei- und Staatsführungen der früheren DDR zu verantworten haben.*¹⁵ Das gilt vor allem in bezug auf die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern, die eine Folge des Zusammenbruchs der DDR-Wirtschaft ist, keine Folge der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft.

Die Voraussetzungen für die Überwindung der mit der Transformation des sozialistischen Systems in eine Soziale Marktwirtschaft verbundenen Probleme sind alles in allem mittelfristig, d. h. nach Schaffung der politischen, rechtlichen und administrativen Fundamente, dem Aufbau und der Verbesserung wichtiger Infrastrukturelemente (Kommunikations- und Verkehrssystem) und der Ausreifung der seit 1990 getätigten Privatinvestitionen günstig.

Die Mehrzahl der Wirtschaftsforschungsinstitute und zahlreiche Wirtschaftswissenschaftler sind der Auffassung, daß in einer mittleren Frist von vier bis fünf Jahren die deutsche Wirtschaftsintegration ein Erfolg sein wird. Diese Einschätzung beruht auf der Einsicht, daß die Grundlagen wirtschaftlichen Wachstums vorhanden sind. Vorhanden sind überwiegend gut ausgebildete, lernfähige Arbeitskräfte, die den Willen haben, Wohlstand zu erarbeiten; der reichlich vorhandene Boden kann als Produktionsstandort und Erholungsgebiet

¹⁵ Die Versuche von Leistungsanbietern, z. B. von Versicherungsvertretern, die Uninformiertheit der Bevölkerung in den neuen Bundesländern auszunutzen oder auch der Lieferboycott der pharmazeutischen Industrie gegenüber den Apotheken in der ehemaligen DDR Ende 1990 zur Durchsetzung der Interessen der pharmazeutischen Industrie waren sicherlich keine Werbeaktionen für die Soziale Marktwirtschaft.

bei zügiger Umsetzung des neuen Eigentumsrechtes verfügbar gemacht werden; der nach Größe, Qualität und Struktur unzulängliche Kapitalstock kann durch eine öffentlich massiv geförderte Investitionsstätigkeit zügig ausgebaut werden; die Voraussetzungen für die Aufholung des technischen Rückstandes sind günstig, weil bei den umfangreichen Investitionen die neuesten Technologien installiert werden, die Arbeitskräfte bildungsfähig sind, Umschulung sowie berufliche Fortbildung durch die Arbeitsmarktpolitik massiv gefördert werden und der westdeutsche technische Standard ohne rechtliche Hemmnisse oder wirtschaftliche Barrieren in den neuen Bundesländern genutzt werden kann. Die neuen Bundesländer können im übrigen - wie z. B. Sachsen und Sachsen-Anhalt - auf industrielle und - wie z. B. Thüringen - auf handwerkliche und gewerbliche Traditionen zurückgreifen. Wenn die Systemumstellung gelingen soll, muß jedoch dafür gesorgt werden, daß die hohen finanziellen Leistungen der alten Bundesländer für die Beitrittsländer nicht zu Dauersubventionen werden und daß die Übergangshilfen, die zur Schaffung neuer und zur Sicherung alter modernisierungsfähiger Arbeitsplätze eingesetzt werden sollen, nicht zur Schaffung oder der Erhaltung nicht wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze verwendet werden.

Nicht wenige hatten gehofft, daß Chancen des Systemumbruchs für wirtschafts- und sozialpolitische Innovationen genutzt werden, wie z. B. für die Schaffung eines breit gestreuten Produktionsmitteleigentums im Zuge der Privatisierung des Staatsvermögens und für die Einführung von Ertragsbeteiligungen der Arbeitnehmer. Auf diese Weise hätte die Neuentwicklung im östlichen Deutschland einen Beitrag leisten können zur Milderung bzw. Beseitigung von Mängeln der Sozialen Marktwirtschaft und zur Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft auf der Grundlage der bewährten freiheitlichen, aber sozial verpflichteten Ordnungsprinzipien.¹⁶ Leider hat die Bundesregierung diese Chancen nicht genutzt.¹⁷

¹⁶ Vgl. dazu auch H. Adam, Staatsmonopolistischer Kapitalismus oder soziale Demokratie, Köln 1980, 3. Kapitel.

¹⁷ Vgl. zu dieser Problematik auch G. Sinn, H.-W. Sinn, Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, 2. Aufl., Tübingen 1992.